Deutscher Bundestag **Drucksache 21/9192**

21. Wahlperiode 12.11.2026

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Nicole Gohlke, Maren Kaminski, Dr. Michael Arndt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke
– Drucksache 21/8393 –

Garantiefonds Hochschule erhalten – Bildungsintegration dauerhaft sichern

A. Problem

Die den Antrag stellende Fraktion stellt fest, dass der Garantiefonds Hochschule (GF-H) ein seit 1965 bestehendes Bundesprogramm sei, das junge eingewanderte Menschen bis 30 Jahre (inklusive Geflüchteter aus der Ukraine) bei der akademischen Qualifizierung in Deutschland unterstütze. Durch Sprachkurse, Bildungsberatung und Stipendien seien so bereits über 600.000 Menschen gefördert worden.

Das Programm schließe eine strukturelle Lücke, indem es akademisches Potenzial bei Personen erkenne, die nicht primär zum Studieren einreisten. Die Erfolge seien deutlich: Zwischen 2020 und 2025 hätten über 3.400 junge Menschen ein Studium aufgenommen, überwiegend in MINT-Fächern, Medizin oder Wirtschaft – Bereiche mit massivem Fachkräftemangel.

Trotz dieser Relevanz und einer steigenden Nachfrage (über 1.000 Personen auf der Warteliste für Sprachkurse) sei die Finanzierung prekär. Der tatsächliche Bedarf von mindestens 22 Millionen Euro jährlich werde nicht gedeckt, und die befristeten Förderrichtlinien würden keine dauerhafte Planungsunsicherheit schaffen, was bereits mehrfach zu zivilgesellschaftlichen Protesten geführt habe.

Nun habe das BMBFSFJ mitgeteilt, dass das Programm zum 31. Dezember 2026 ohne transparente Begründung eingestellt werden solle. Dies würde nicht nur den betroffenen Jugendlichen schaden, sondern auch wertvolle Netzwerke zur Gewinnung hochqualifizierter Fachkräfte zerstören. Die Entscheidung werde kritisch gewertet, da sie zeitgleich mit massiven Budgetkürzungen im BMBFSFJ und einer gleichzeitigen Erhöhung des Verteidigungshaushalts auf 106 Milliarden Euro erfolge.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Die Kosten wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 21/8393 abzulehnen.

Berlin, den 11. November 2026

Der Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Saskia Esken
Vorsitzende

Ralph Edelhäußer
Berichterstatter

Christian Zaum
Berichterstatter

Felix Döring
Berichterstatter

Dr. Anja Reinalter
Berichterstatterin

Mandy Eißing
Berichterstatterin

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Ralph Edelhäußer, Christian Zaum, Felix Döring, Dr. Anja Reinalter und Mandy Eißing

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 21/8393** in seiner 99. Sitzung am 8. Oktober 2026 dem Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur federführenden Beratung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag stellende Fraktion fordert die Bundesregierung auf,

- die angekündigte Einstellung des Garantiefonds Hochschule zum 31. Dezember 2026 sofort zurückzunehmen und das Programm in seiner bestehenden Form fortzuführen,
- im Entwurf zum Bundeshaushalt 2027 die Mittelausstattung des GF-H auf den tatsächlichen Bedarf von mindestens 22 Millionen Euro jährlich anzuheben, damit alle Ratsuchenden ohne Wartezeiten Zugang zu Beratung und Förderung erhalten
- und einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem eine Verstetigung der Finanzierung des Garantiefonds Hochschule im Bundeshaushalt erreicht wird, sodass die Träger langfristig planen, Personal halten und Beratungsstrukturen weiterentwickeln können.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Keine. Die Vorlage wurde nur im federführenden Ausschuss beraten.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Beratungsergebnis

Dr **Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 21/8393 in seiner 35. Sitzung am 11. November 2026 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

2. Beratungsverlauf

Die Vorlage wurde ohne Aussprache abgestimmt.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Berlin, den 11. November 2026

Ralph Edelhäußer
Berichterstatter

Christian Zaum
Berichterstatter

Felix Döring
Berichterstatter

Dr. Anja Reinalter
Berichterstatterin

Mandy Eißing
Berichterstatterin

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.